

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kurzhauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontor Dresden 1538
Stadtplatz Riesa Nr. 52.

Nr. 184.

Mittwoch, 9. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Frangiergeld. Einzelnummer 2.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewilligung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39. man breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 6.— Mark; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachdruckungs- und Vermittlungsgebühren 2.— Mark. Besondere Tarife. Bewilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Bezugsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Rohlenverkaufspreise.

Für die nach dem 1. August ds. Js. vom Werk abegangenen Sendungen Hausbrandbrennstoff wird hiermit ein Kleinverkaufspreis von 93.50 Mark pro Zentner ab Lager des Händlers festgesetzt.

Der Rat der Stadt Riesa, den 9. August 1922. Vln.

Donnerstag, den 10. August 1922, nachmittags 2 Uhr findet im Stadtpark die

Grummetversteigerung

statt. Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben. Treffpunkt: Festplatz. Anschließend Grummetversteigerung auf dem Rosenplatz (Kaiser-Wilhelm-Platz).

Der Rat der Stadt Riesa, am 9. August 1922. Nr.

Verboten

wird hiermit ausdrücklich untersagt das Betreten des von uns käuflich erworbenen vorläufigen Winterübungsplatzes am Sudlich nebst den dort stehenden Gebäuden. Zuwiderhandlungen werden unmissverständlich mit einer Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, falls nicht eine höhere Strafe noch Platz greifen kann.

Die Vorschläge Poincarés abgelehnt?

Aus London wird gemeldet: Es verlautet, daß aus dem Bericht des Sachverständigenausschusses hervorgeht, daß die Mehrheit des Ausschusses gegen die Errichtung einer Zollschranke und gegen die Erhebung von Steuern im besetzten Gebiet ist. Die Vorschläge betreffend die Beschlagnahme von Bergwerken und Forsten seien ebenso verworfen worden, doch soll ein System von Garantien erwogen werden, das die Lieferung von Rohle und Holz an die Alliierten sichert. Auch der Vorschlag, Deutschland solle sich einverleiben erklären, Anleihe an industriellen Konzernen den Alliierten zu geben, sei abgelehnt worden. Die von Italien ausgesprochene Ansicht, es liege ein Widerspruch darin, ein Moratorium zu gewähren und gleichzeitig deutsches Eigentum zu beschlagnahmen, habe günstig auf die Verhandlungen eingewirkt.

Die Prüfung der Vorschläge Poincarés durch die alliierten Sachverständigen.

Havas erklärt von seinem Sonderberichterstatter in London, die Stellung der alliierten Sachverständigen habe am Dienstag von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr 15 Minuten debattiert. Ihrem Auftrag entsprechend, hätten sie die Frage geprüft, ob die von Poincaré vorgeschlagenen Maßnahmen produktiver sei. Sie hätten sich darüber geeinigt, daß die Maßnahmen tatsächlich eine im Vergleich zu den deutschen Verpflichtungen geringe Summe einbrächten, die aber immerhin sich auf drei bis vierhundert Millionen Goldmark stellen dürfte. Engländer hätten man indessen eingewendet, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nur einen geringen Ertrag ergeben würden und die Gefahr mit sich brächten, das deutsche Wirtschaftslieben zu bedrohen. Der Widerstand Deutschlands habe sich besonders gegen die Besteuerung der aus dem Ruhrgebiet abgeführten Waren gerichtet.

Der Sonderberichterstatter von Havas berichtet über den weiteren Verlauf der Beratungen der Sachverständigenausschusses, die britischen Sachverständigen hätten erklärt, daß die Alliierten schon auf Grund der früher getroffenen Abmachungen über präzise und produktive Pfänder verfügen, wie z. B. die Hypothek auf die von der deutschen Regierung und die Inanspruchnahme dieser Summe für Reparationszwecke. Überdies hätte der im Monat Mai vorigen Jahres eingeleitete Garantieausfluß die Machtbefugnis, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, wenn er für notwendig erachtete. Der französische Finanzminister de Lasteyrie habe erwidert, daß Deutschland sich nicht mehr seiner Verpflichtungen in Bezug auf die Abgabe von Export entziehen, wie es dies mit dem Rest seiner Schulden tue. Wenn andererseits Deutschland für seine schwebende Schuld ein Moratorium gewährt werde, könnten die ergriffenen Maßnahmen nicht mehr angewendet werden. Die ins Auge gefassten Pfänder seien technische, fiskalische und produktive Pfänder und hätten keinen militärischen Charakter, wie etwa die Besetzung neuer deutscher Gebiete.

Neuer erklärt über die geistigen Verhandlungen der Sachverständigen: Die Finanzminister und Sachverständigen der Alliierten, die die Vorschläge Poincarés prüfen, haben große Fortschritte gemacht, ihre Arbeit aber noch nicht abgeschlossen. Sie werden Mittwoch früh wieder zusammen treten und einen Bericht ausgeben, der der Konferenz vorgelegt werden soll.

Die von Poincaré verlangten „Pfänder“.

Der Sonderberichterstatter von Havas in London ergänzt seine Mitteilungen über die von Poincaré verlangten Pfänder durch weitere Angaben. Poincaré beantragt eine Kontrolle über die Ausfuhrbewilligungen, eine Kontrolle über das Ruhrgebiet, Ausdehnung der Staatsbetriebe und Dominiatsforsten, sowie eine Beteiligung an deutschen Industrieunternehmen. „Echo de Paris“ empfiehlt eine stärkere Beteiligung an der deutschen chemischen Industrie, als an anderen Industrieunternehmen. Hierdurch könne man eine Garantie gegen die Herstellung giftiger Gase (H) finden. Es erläutert den Begriff der Zollgrenze dahin, daß der Poincaré Vorschlag darauf abzielt, die im April 1921 auferlegte Zollschranke wiederherzustellen.

Nach dem „Matin“ verlangte Poincaré in der Sitzung am Montag als produktive Pfänder von Lloyd George: Zollentnahmen, Staatsbetriebe und Wiederaufbau einer Zollschranke östlich der besetzten Gebiete unter Einfluß der Rohlen- und Industriebetriebe der Ruhr. Er sprach auch von neuen Steuern und verlangte, die Frage der Staatsbergwerke solle geregelt werden, ebenso die Frage der Beteiligung der Alliierten an deutschen Industrie-

betriebe. Nach dem gleichen Blatt erklärte Poincaré: Wir wollen über die Modalitäten verhandeln, aber diese Konferenzen werden wir nicht verlassen, ohne den Grundlag der produktiven Pfänder anerkannt zu haben, da sich sonst die gesamte öffentliche Meinung Frankreichs erheben würde.

Die Erwiderung Lloyd Georges auf Poincarés Rede.

Auf die Rede Poincarés in London antwortete Lloyd George. Er erinnerte daran, daß Großbritannien ebenso wie Frankreich gelitten hätte. Wenn Frankreich 80 Milliarden Francs für Deutschlands Rechnung ausgegeben habe, so habe Großbritannien, abgesehen von den Steuern, die es sich während des Krieges auferlegte, 50 Milliarden ausgegeben. England habe zwei Millionen Arbeitslose gehabt, es bestünde jetzt noch 1400000. Die Bevölkerung der vertriebenen Gebiete mache im Ganzen vielleicht nur zwei Millionen Menschen aus, während die Arbeitslosen Englands mit ihren Familien ungefähr auf fünf Millionen geschätzt werden müßten. Wenn Poincaré auf die Vergangenheit in sprechen komme, so sei er wohl etwas hart gegen den Verfall der Vertrag. Als einer der Urheber des Vertrages glaube er, Lloyd George, daß der Vertrag wirkungsvoller gewesen sei, als Poincaré zugeben wolle. S. P. in der Frage der Entwaffnung. Das sei sehr wichtig für Frankreichs Sicherheit. Deutschland habe 3478 Geschütze ausgeliefert, vielleicht seien noch einige versteckt, aber es seien nicht genug, um ein Heer damit auszurüsten. Deutschland habe ferner 38000 scharfe Granaten, über 11000 Grabenmörser, mehr als 780000 Maschinengewehre, 4 Millionen Handmaschinen und 458 Millionen Patronen ausgeliefert; das sei schon etwas, und dies sei schon eine Rechtfertigung des Verfall der Vertrages. Es bedeute, daß Deutschland nicht in der Lage ist, seine früheren Gegner überausend anzugreifen. Keiner der militärischen Sachverständigen könne sagen, daß Deutschland gegenwärtig fähig sei, irgendein großes Heer auszurüsten, das auch nur einer der kleineren alliierten und assoziierten Mächte gewachsen sei. Die militärische Macht Deutschlands sei gebrochen; statt 5 Millionen Mann, die früher unter Waffen standen, seien es jetzt 100000; diese seien kaum in der Lage, im Innern die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die junge Generation Deutschlands mache ohne militärische Erziehung heran. Die Ausbildung der früheren Rekruten vermindere sich naturgemäß mit jedem Jahre. Die deutsche Flotte sei vollständig zerstört, und dies sei wichtig für Frankreich ebenso wie für Großbritannien. In der Entwaffnung habe der Friedensvertrag gute Dienste geleistet. Hierauf kam Lloyd George auf die deutschen Zahlungen zu sprechen. Der Wiederherstellungsausschuß sei eingesetzt worden, um zu entscheiden, was Deutschland zahlen solle. Alle Deutschland gewährten Erleichterungen seien auf Antrag dieses Ausschusses gebilligt worden. Die deutsche Regierung habe offenbar die verschiedenen Teile des Reiches nur unvollkommen in der Gewalt. Bayern z. B. habe in der Entwaffnungsfrage Schwierigkeiten gemacht, und man wisse, daß Bayern auch in anderen Angelegenheiten eine selbständige Haltung einnehme. Trotzdem habe der Garantieausfluß einen im großen ganzen günstigen Bericht über Deutschlands Bemühungen, Steuern einzulösen, erstattet. In dieser Beziehung habe Deutschland nicht schlecht gearbeitet. Es sei wahr, daß Deutschland über seine schwere Lage Klagen erhebe. Versicherungen des Schuldners dürften aber nicht ohne Nachprüfung hingenommen werden. Aber es handle sich bei Deutschland nicht um ein bloßes Gejammer. Deutschlands Wechselkurs habe 4000 M. für ein Pfund Sterling erreicht. Das müße von den alliierten Staatsmännern in Rechnung gezogen werden. Er sei nicht der Ansicht, daß man Deutschland von irgendeiner Zahlung, die es zu leisten imstande sei, entbinden könne. An der deutschen Zahlung seien alle interessiert. Es handle sich nur um die geeignete Methode. Unter diesem Gesichtspunkt sollte auch jede Sanktion geprüft werden.

Poincarés Rede kein Ultimatum.

Die zunächst entstandene Sorge, daß Poincarés Rede ein Ultimatum darstelle, das die Alternative der uneingeschränkten Annahme der Forderungen Poincarés oder eines selbständigen Vorgehens Frankreichs enthalte, wurde durch die Intervention Chamberlains zerstreut. Der Poincaré zu der Erklärung veranlaßte, daß, während der Grundlag der Kontrolle anerkannt werden müße, ihre endgültige Form eine offene Frage bleibe. Einer der Haupterwände Lloyd Georges gegen Poincarés Plan war, daß die anzuwendenden Methoden sich im Gegensatz zu den früheren Sanktionen im Rheinland bedacht machen müßten. Der italienische Außenminister deutete an, daß er noch nicht bereit sei, sich ohne Vorbehalt dem britischen oder dem

Weiter fordern wir hiermit alle Pächter von Gelände des Winterübungsplatzes auf, sich binnen 8 Tagen mit uns in Verbindung zu setzen. Gröba-Elbe, am 9. August 1922. Der Gemeinderat zu Gröba-Elbe.

Ungültigkeitserklärung.

Der in Verlust geratene Dienstaussweis 2082 des Sächsl. Landespolizei. Abtlg. Riesa, wird hiermit für ungültig erklärt.

Sächsl. Landespolizei, Abteilung Riesa.

Die Geschäfte der am 1. Juli 1922 aufgelösten staatlichen vermessungstechnischen Dienststelle (Bezirkslandmesser) in Großenhain sind — soweit Orte des Amtsgerichtsbezirks Riesa in Frage kommen — der Dienststelle in Ochaug zugewiesen worden, die vom gleichen Zeitpunkt ab zufolge Verordnung des Finanzministeriums vom 28. Juni 1922 (Verf.-Bl. S. 241) die Bezeichnung

„Bezirksvermessungsamt“

führt. Diesem Amte ist gleichzeitig die Fortführung der Flurbücher und Kataster des alten Grundsteuerrechts — letztere nunmehr Besitzhandbücher genannt — übertragen worden, insofern das bisher durch das Finanzamt — früher Bezirkssteuereinnahme — geschehen ist. Ochaug, Neumarkt 4, am 8. August 1922. Bezirksvermessungsamt.

französischen Standpunkt anschließen. Die belgische Delegation hält mit ihren Ansichten noch zurück.

Ungünstiger Eindruck der Rede Poincarés in London.

Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Express“ schreibt: Der erste Eindruck von Poincarés Plan sei nicht günstig. Aus demselben Grunde, aus dem Großbritannien gegen militärische Sanktionen sei, würden praktische Kontrollmaßnahmen jetzt für den englischen Standpunkt unmöglich sein. Die Stimmung in diplomatischen Kreisen war Montag sehr sorgenvoll, aber alle Ministerpräsidenten stimmten darin überein, daß die äußersten Anstrengungen unternommen werden müßten, um die Einigkeit der Alliierten bezüglich ihrer Ziele und ihrer Politik aufrecht zu erhalten.

In einer Besprechung der ersten Sitzung der Londoner Konferenz brüht „Manchester Guardian“ die Befürchtung aus, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, wo ein französischer Ministerpräsident wagen werde, die übertriebenen Forderungen seiner Landsleute bezüglich der Reparationszahlungen zu entzünden. Die hohen finanziellen Verluste, die mit einer vernünftigen Regelung der Reparationsfrage Hand in Hand gehen müßten, werden auch nicht durch einen Verzicht Englands auf die ihm geschuldeten Gelder vermieden werden. Es ist aber noch garnicht an der Zeit, von einem solchen Verzicht zu sprechen. Denn Voraussetzung dafür wäre nicht nur die Herabsetzung der Reparationssumme, sondern auch die Zurückziehung der Belagungsarmee, der Verzicht auf eine ausländische Kontrolle des deutschen Finanzwesens, die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund und die Aufhebung der kleinlichen wirtschaftlichen Sanktionen, die Frankreich soeben in Kraft gesetzt habe.

Der „Temps“ gegen Lloyd George.

In seinem Kommentar zu den Londoner Verhandlungen sagt der „Temps“ zum Schluß, Lloyd George habe gesprochen, als ob er die Interessen Englands, Deutschlands und Europas im allgemeinen gegen die französischen Forderungen verteidige. Diesen falschen Eindruck gelte es zu zerstreuen. Wenn England so unter Arbeitslosigkeit gelitten habe, wenn Deutschland ermutigt worden sei, soviel Papiergeld zu drucken, wenn endlich Europa „zurd eine so ernste Krisis hindurchgehe, so in erster Linie deshalb, weil Lloyd George, der unabsehbare Chef der mächtigsten Nation Europas, eine Politik voller Illusionen und Widerspruch getrieben habe. Wenn man versuche, diese Politik zu berichtigen, handle man im Interesse Englands, des deutschen Volkes und aller europäischen Nationen, ebenso sehr wie im Interesse Frankreichs.

Keine deutsche Sondermission in London.

Die B. Z. B. mitteilt, ist die Meldung, daß die deutsche Regierung den Staatssekretär a. D. Bergmann als Sonderbevollmächtigten nach London geschickt habe, der dort eine Note der deutschen Regierung übernehme solle, unzureichend. — Die „B. Z. B.“ bemerkt hierzu, daß die deutsche Regierung lediglich auf normalem diplomatischem Wege den alliierten Regierungen eine Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Situation Deutschlands übermittelt. In der darauf hingewiesen wird, daß Deutschland eine gewisse Zeit zur Erholung gewährt werden müsse und daß die ewige Politik der Drohungen außen- und innenpolitisch die schlimmsten Wirkungen ausübe. In dieser Darlegung wurde das Erlernen gestellt, eine Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen, die Deutschland nicht Unmögliches zumutet und es nicht zur Verzweiflung treibt.

Die Strazburger Ausweisungslisten.

Dem Pariser „Journal“ wird aus Strazburg berichtet, die ersten Ausweisungslisten seien von den Präzeten der drei Departements Dienstag vormittag dem Oberkommisariat in Strazburg mitgeteilt worden. Man warte jetzt nur noch den Befehl des Quai d'Orsay ab, um den betroffenen Deutschen ihre Ausweisung mitzuteilen. Man glaube, daß innerhalb 24 Stunden eine Entscheidung getroffen werde. Die Strazburger Liste enthalte 150 Namen. Von den sechs Ausweisungen, die Sonnabend erfolgt seien, habe man drei zurücknehmen müssen, weil sich nachträglich herausgestellt habe, daß es sich um kürzlich naturalisierte Franzosen handele.

Schlimme Lage des österreichischen Proletariats.

Die in Brüssel versammelten Vertreter der zweiten und der Wiener Internationale beschlossen, die Untersuchung über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands, mit der sie betraut worden sind, an Ort und Stelle fortzuführen und setzten die Punkte des Frageboens für diese

Untersuchung steht. Sie geben allen Arbeitern bekannt, daß die Lebensbedingungen des Arbeiterstandes täglich schlechter werden, und weisen darauf hin, daß seine Lage eine sofortige ausbreitende Hilfe erfordert.

Argentinisches Fleisch für Deutschland.

„Vaut“ (offizieller Zeitung) haben die Verhandlungen des Handelsbeauftragten der argentinischen Regierung Dr. Carlos Manuel Daneri über die Lieferung argentinischen Fleisches nach Deutschland zu einem vorläufigen Abschluß geführt und Dr. Daneri ist von Deutschland nach Buenos Aires zurückgekehrt. Die Schlussverhandlungen sollen in Argentinien stattfinden. Vorläufig ist die Lieferung von 100.000 Tonnen lebendem Vieh und 100.000 Tonnen Geflügel, das auf deutschen Schiffen verpackt werden soll, in Aussicht genommen. Wie das Blatt schreibt, wird es möglich sein, das argentinische Fleisch um ein Drittel billiger zu liefern als deutsches.

Internationaler Vergarbeiterkongress.

In der Frage des nordamerikanischen Vergarbeiterstreiks schlug der Vorstand eine Tagesordnung vor, in der den ausführenden amerikanischen Delegierten die Sympathie des Kongresses ausgedrückt und den Landesverbänden empfohlen wird, eine Unterstützung von 10.000 Pfund für die amerikanischen Genossen aufzubringen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde dieser Antrag mit einer reaktionären Veränderung angenommen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ein schwedisches Schulkraft in Hensburg. Am Sonntag ist in Hensburg laut „Berl. Tagebl.“ ein schwedisches Schulkraft eingetroffen. Der Besuch gab zu einer sehr lebhaften Rundgebung Anlass. Die deutsche Marine sandte zu Ehren der Gäste einen Teil der Flotte nach Hensburg. Abends veranstaltete die Stadt eine Begrüßungsfeier, bei der Oberbürgermeister Dr. Todten die Vertreter des schwedischen Volkes herzlich willkommen hieß. Im Namen der Schweden dankte Kommandant Tamm für die überaus herzliche Aufnahme.

Der Sozialist Alwin Gerlich. Die Berliner Abendblätter melden: In Berlin-Treptow ist der sozialistische Politiker Alwin Gerlich im Alter von 80 Jahren gestorben. Gerlich gehörte dem ersten legalen Parteivorstand der Sozialdemokratie nach dem Falle des Sozialistengesetzes an. Er war von 1894 bis 1906 mit kurzen Unterbrechungen Mitglied des Reichstages.

Die Verfassungsfeier in Württemberg. Das württembergische Staatsministerium ordnete laut „Berl. Tagebl.“ an, daß am Jahrestag der Verfassung alle staatlichen Dienstgebäude in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen haben.

Die Erziehung der Jugend zur Staatsgesinnung. Der preussische Kultusminister hat an die Provinzialschulkollegien und Regierungen einen Rundbrief herausgegeben, in dem es heißt: Die Erziehung der letzten Zeit forderten gebieterisch die Erziehung zu lebendiger Staatsgesinnung auf. Die staatsbürgerliche Erziehung als wichtigste Aufgabe der deutschen Schule verlangt dringend, daß von den Schülern und Schülerinnen alles ferngehalten werde, was geeignet wäre, sie in der Staatsgesinnung zu verwirren oder gar gegen den Staat zu beeinflussen, zu dessen Bürger und Bürgerinnen sie herangebildet werden, und dem sie einmal mit Hingebung dienen sollten. Anschließend an die Berichte über die planvolle Vererbung Jugendlicher gegen den Staat und die Staatsform durch eine Reihe von Jugendverbänden und Schülervereinen verbot der Minister Schülern und Schülerinnen aller Schulen, Schülervereinigungen oder sonstigen Vereinigungen anzugehören oder an ihren Veranstaltungen teilzunehmen, die sich nach ihren Satzungen oder nach ihrer Betätigung gegen den Staat oder die geltende Staatsform richten, ihre Einrichtungen bekämpfen, die Mitglieder der Regierung oder des Landesverpflichtet machen, oder Glieder der deutschen Volksgemeinschaft ihrer Abkunft, ihres Glaubens und Bekenntnisses wegen beleidigen.

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Reichswehr. Wie die Berliner Blätter mitteilen, hat der Reichswehrminister Dr. Gumbel jetzt dem Reichswehr offiziell Kenntnis von der Entlassung gegeben, die er im Reichstag über die Vorgänge bei der Hindenburgfeier in Königsberg abgegeben hat. In einem Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem er um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Reichswehr bittet, erklärt der Minister: Ich lege Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, daß eine derartige Untersuchung mir als der beste Weg erscheint, um die systematische Propaganda gegen das Heer in aller Öffentlichkeit aufzuklären.

Im Rundfunkkreis in Solingen ist noch keine Veränderung eingetreten. Bei den vorgestrigen Verhandlungen verweigerten die Besessenen eine sofortige außergerichtliche Sa-

lage von 100 Prozent. Da nach dem Reichstaxif Briefliche Verhandlungen unzulässig sind, und außerdem in der nächsten Woche in Leipzig allgemeine Tarifverhandlungen stattfinden werden, konnten die Verleger die Forderungen der Briefen nicht bewilligen. Man hat hier den Eindruck, daß es den Besessenen darum zu tun ist, noch vor Beginn der Leipziger Verhandlungen den Reichstaxif zu sprengen. Sie verlangen nämlich ganz offen von den Verlegern, sich außerhalb der Tarife zu stellen. Unter diesen Umständen ist mit einer längeren Streikdauer zu rechnen.

Waffenfund in der Festung Keitz. W. T. D. meldet aus Berlin: Nach einer Davosmeldung sollen von der Interalliierten Kontrollkommission in der Festung Keitz 1000 Tonnen Kriegsmaterial gefunden worden sein. Die sofort getroffenen Feststellungen haben ergeben, daß in der Tat in den Kojen der Festung Keitz nicht mehr den üblichen Räumen Kriegsmaterial in größeren Mengen vorgefunden worden ist. Entdeckt wurden u. a. 548 Gewehre und Karabiner, 6 leichte und 8 schwere Maschinengewehre, außerdem größere Mengen von Pulver und Munition. Geschosse oder Minenverser sind nicht gefunden worden. Es ist anzunehmen, daß der größte Teil dieser Bestände von dem sogenannten wilden Selbstschutz in Oberkeitzeln während der Frühjahrsmunition dort versteckt worden ist. Der Umstand, daß außer der Munition auch Schrot vorgefunden worden ist, legt die Vermutung nahe, daß die Gegenstände aus geminnfälligen Motiven dort versteckt worden sind, um sie bei Gelegenheiten zu verwerfen. Die Angaben der Davosmeldung, wonach die Militärverwaltung verlust hätte, die Nachforschungen zu erschweren, treffen nicht zu. Keitz ist keine Festung mehr, es befindet sich dort auch keine Kommandantur. Die Kontrollkommission hat sich bei ihren Nachforschungen überhaupt nicht der Unterstützung militärischer Stellen, sondern der Polizei bedient. Die Untersuchung des Vorfalls ist im Gange. Von irgend welcher militärischen Bedeutung ist der Fund mit Rücksicht auf die geringe Zahl der gefundenen Waffen nicht.

Ein allgemeines preussisches Beamtengesetz. Laut „Voss. St.“ liegen Teile des Entwurfs eines allgemeinen preussischen Beamtengesetzes, das von dem Staatskommissar für die Vorbereitung der Verwaltungsreform Dr. Drems ausgearbeitet wurde, dem preussischen Staatsministerium bereits vor. Es handelt sich hierbei namentlich um das Disziplinarrecht. Mit den Eisenbahnorganisationen der Beamten finden am 22. und 23. September Vorbereitungen über das Beamtenrecht statt.

Der Passagierdampfer „Columbus“. Der vom Norddeutschen Lloyd bei der Danziger Schiffswerft Schichau in Auftrag gegebene Passagierdampfer „Columbus“, der seiner Zeit beim Stapellauf nur zu einem Drittel an Wasser gelangen konnte, ist nach wiederholten Abkühlungsversuchen in den letzten Wochen am Dienstag glücklich an Wasser gebracht worden. Der Schiffsrumpf ist unversehrt.

Die Konferenz des kirchlichen Weltbundes zur Förderung einer internationalen Verständigung wurde Dienstag vormittag in Kopenhagen eröffnet. Präsident Bognot (Dänemark) hob in seiner Rede hervor, daß die auf den Krieg hinzielenden Tendenzen bekämpft werden müßten, da die Schrecken eines solchen die Zivilisation Europas vernichten würden. Die Kirche müsse ein entscheidendes Wort sprechen. Bischof Soederblom und Homel schlugen eine Entschließung vor, in der dem Präsidenten Harding die tiefste Dankbarkeit für die Konferenz dafür ausgesprochen wird, daß er die Initiative zur Washingtoner Abrüstungskonferenz ergriffen habe. Die Konferenz spricht, ohne sich in politische Verhältnisse einzumischen, die Meinung aus, daß die Zeit gekommen sei, die alliierten Regierungen zu einer neuen Weltkonferenz einzuberufen, um in gegenseitigem Entgegenkommen die Probleme zu behandeln. In der Nachmittagssitzung sprach Sir W. Dickinson über die Kinderarbeitenfrage. Die Stellung der Kinderarbeiten sei durch die Friedensverträge sehr erschwert. Zahlreiche Klagen über Ungerechtigkeiten, ja Grausamkeiten, seien eingelaufen. Es habe sich gezeigt, daß die Verträge, die die Kinderarbeiten schützen sollten, diese vor Ungerechtigkeiten nicht hätten bewahren können. Der Völkerbund, unter dessen Schutz die Kinderarbeiten gestellt worden seien, habe kaum in irgend einem Falle seine Autorität angewandt. Die Konferenz erlaube nur ihre Kritik, wenn sie ihre Aufmerksamkeit auf die bestehenden Schwierigkeiten lenke und ihre Mitglieder auffordere, alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, um diesen Unbilligkeiten zu begegnen.

Die Hausbesitzerkongress in München. In der Aussprache über die Steuerate übten sämtliche Redner eine scharfe Kritik an der Wohnungspolitik des Reichstages und der Reichsregierung. Landtagsabgeordneter Röllig-Weipala machte der deutschen Bürgerlichkeit den Vorwurf, nicht immer in ihrer Gesamtheit auf dem Plane gewesen zu sein, wenn es um ihre Interessen ging. Landtagsabgeordneter Lubendorff-Berlin führte aus, unter der Ägide des preussischen Wohlfahrtsministers herrsche in Berlin ein völliger Wohnungsnotstand. Ein Redner erklärte, daß die französische Regierung dem Hausbesitz im Saargebiet vielmehr

Verständnis entgegenbringe als die deutsche Reichsregierung, die allein schuld sei, wenn die französische Propaganda in diesen Kreisen auf fruchtbaren Boden falle. Schuldirektor von An-Wannheim legte dar, die Forderungen des Hausbesitzes seien aufgeteilt zum Schutz der bürgerlichen Republik. Die Reichsregierung gehöre den Grundlag von Treu und Glauben, der für das Wirtschaftsleben von größter Bedeutung sei. Der deutsche Hausbesitz werde jetzt von der Defensive zur Offensive übergeben, damit der Geist des Lebens über den Geist des Nordens den Sieg erringe. Am Schluß der Beratungen wurden die vorgelegten Entschließungen einstimmig angenommen. Sodann sah der Verbandstag noch eine weitere Entschließung, in der der sofortige Beginn des systematischen Abbaus der Wohnungswirtschaft und deren restloses Ende bis 1. Juli 1926 gefordert wird.

Ein deutsches Trockendock abgeliefert. Aus Nantes verlautet, daß dort am Montag von der Deutschen Regierung ein Trockendock als Teil der Entschädigung für die in Escapa Flow versenkten Schiffe übergeben wurde.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold ist mit dem Minister des Innern Dr. Schwarz und dem Justizminister Dr. Görtner gestern abend nach Berlin abgereist.

Änderung des Reichswahlgesetzes. Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Reichswahlgesetzes bringt eine Änderung der Wahlkreisinteilung in einer Reihe von Fällen. Einige übergroße Wahlkreise — Westfalen-Nord und Westfalen-Süd, Hessen-Nassau und Bayern — sollen im Einverständnis mit den beteiligten Ländern so verkleinert werden, daß auf je einen Wahlkreis durchschnittlich nur 1,5 Millionen Einwohner fallen. Sachsen ist in Zukunft in drei mit den gleichnamigen Kreisoberhauptmannschaften zusammenfallende Wahlkreise, Dresden-Bautzen, Leipzig und Chemnitz, Weidau eingeteilt, die zusammen den „Wahlkreisverband Sachsen“ bilden.

Deutschlands bisherige Viehlieferungen an die Entente. Auf Grund des Verfallers Vertrages sind bisher an Vieh als Entschädigung für Kriegsverluste geliefert worden: 143.525 Pferde, 175.606 Rinder, 209.231 Schafe, 21.441 Lämmer, 92.100 Ziegen, 77.400 Schafe.

Drohender Konflikt in der Berliner Metallindustrie. In der Berliner Metallindustrie droht jetzt plötzlich ein neuer allgemeiner Konflikt zu entstehen. Wider Erwarten haben die Metallarbeiter in einer vorgekommenen Urabstimmung, die zwischen den Berliner Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband getroffenen Vereinbarungen über die neuen Lohnveränderungen mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Verband Berliner Metallindustrieller wird heute zu der dadurch geschaffenen Lage Stellung nehmen.

Der Dollarkurs. Die Berliner Börse eröffnete am Dienstag bei fester Tendenz. Der Dollar notierte 750 bis 760. Die Prager Krone wurde mit 1840 genannt.

Der Belagerungsstand verhängt. Die Uebertragung der Gewalt an die Militärbehörden vollzog sich in den Provinzen Genua, Mailand, Ancona, Parma, Livorno und Brescia ohne Zwischenfälle.

Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 9. August 1922.

Bezirksvermessungsämter. Laut Verordnung des Finanzministeriums vom 28. Juni 1922 — zu vgl. die amtliche Bekanntmachung im amtlichen Teil dieser Nummer — haben die staatlichen vermessungstechnischen Dienststellen (Bezirksvermessungsämter) vom 1. Juli 1922 ab die Bezeichnung „Bezirksvermessungsämter“ erhalten. Neben der unbeeinträchtigt gebliebenen Zuständigkeit in vermessungstechnischen Angelegenheiten sind diesen Ämtern nunmehr die Geschäfte der Flurbuchsbüro der übertragene worden, soweit diese nicht auch weiterhin von den Gemeindebehörden, die bisher als Ortssteuerbehörden alten Grundsteuerrechts bestellbar waren, zu befragen sind. (Für die Amtsgerichtsbezirke Mies und Oschatz sind es nur die Städte Mies, Strebla, Oschatz und Dahlen.) Die Bezirksvermessungsämter verwalten demnach in Zukunft die Flurbücher und Grundsteuerkataster, soweit diese bisher von denjenigen Finanzämtern, die früher Bezirkssteuerannahmen waren — während der Geltung der alten Grundsteuer, die durch das neue Grundsteuergesetz vom 7. Oktober 1921 (S. 327) aufgehoben ist — geführt worden sind. Die bisherigen Grundsteuerkataster erhalten die Bezeichnung „Bestandsbücher“. Die Flurbücher (Menselblätter) und die dazu gehörigen sonstigen vermessungstechnischen Unterlagen werden sämtlich nur von den Bezirksvermessungsämtern verwaltet. Auch die Bestandsverzeichnisse werden jetzt von den Bezirksvermessungsämtern aufgestellt und ergänzt, soweit nicht hierfür — wie früher — Gemeindebehörden (Mies, Strebla, Oschatz und Dahlen) für ihren Flurbereich in Frage kommen. Für die Orte im Bezirke der Amtshauptmannschaft Großenhain kommt noch besonders

Gefäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König.

„Das wundert mich nicht“, sagte Wernik bitter, „man ist dort ja nur eine Nummer, Mitgefühl darf man nicht verlangen.“

„Haben Sie ihm alles berichtet, was in seiner Abwesenheit hier vorgefallen ist?“ wandte sich Grollinger zu der Wirtin.

„Gewiß, Herr Doktor, und er sieht ein, daß er in das Unabänderliche sich fügen muß.“

„Desto besser für ihn. Haben Sie den rechtlichen Willen, freischig zu arbeiten, Wernik?“

„Gewiß, Herr Doktor,“ antwortete der Zimmermann, „aber wird man mir Arbeit geben? Wer einmal einen Fehltritt begangen hat —“

„Nur nicht zu ängstlich. Ihre Fehltritt läßt sich entschuldigen. Ich werde mit dem Rechtsanwalt Friedberg Ihre Angelegenheiten erörtern; er ist der Schwiegervater meines Bruders, und ich weiß, daß er augenblicklich die Prozesse einiger Baumeister führt, seiner Fürsprache wird es wohl gelingen, Ihnen Arbeit zu verschaffen. Von Ihnen aber erwarte ich alsdann, daß Sie mein Vertrauen nicht täuschen und meiner Empfehlung Ihre machen.“

„Ich schreibe Ihnen —“

„Hoffen Sie das! Auf Worte gebe ich nichts, ich urteile nur nach Taten. — Ist noch etwas zu erinnern, Frau Koch?“

„Ich möchte nicht —“

„Schön! Schicken Sie mir in den nächsten Tagen einmal die kleine Marie; wenn ich nicht zu Hause bin, kann sie nach meiner Frau oder Tochter fragen. Und Ihnen rate ich, Geduld zu haben, Wernik, verlieren Sie den Mut nicht und läuten Sie sich vor dem Wirtshaus; ich ziehe meine Hand von Ihnen ab, sobald Ihre Lebenswandel mir Vergnügen bietet. Auf Wiedersehen!“

„Wer jemand ihm eine Antwort geben konnte, hatte der Doktor das Zimmer schon verlassen; rasch stieg er die Treppe hinunter. „Nun zu Max Friedberg!“ sagte er leise. „Er hat ein

und Wernik sein Versprechen hält, dann wird die Not da oben bald ihr Ende erreicht haben.“

Die heißen Sonnenstrahlen in den breiten, schattenlosen Straßen bestärkten auch ihn, deshalb beschloß er, einen kleinen Umweg zu machen, der durch die städtischen Anlagen führte.

Wühlig blieb er stehen, sein Blick ruhte auf drei Personen, die in einiger Entfernung ihm langsam entgegenkamen, zwei junge elegant gekleidete Herren und eine bildhübsche Blondine von etwa zwanzig Jahren.

„Ferdinand und Dora“, murmelte er, „aber wer ist der andere Stutzer?“ Sein Blick bestete sich forschend auf den schlanken Herrn, dessen ansehnlich blaßes Gesicht ein langer, tiefschwarzer Vollbart umrahmte, und dessen Haltung und Gang den Kavallerie erkennen ließen.

„Kenne ihn nicht“, brummte er, „scheint mir aber nicht der richtige Vertreter für die Kinder meines Bruders zu sein. Dem Ferdinand täte es wahrlich not, daß er endlich von der Hummelbahn käme, und von solchen Herren lernt er auch nichts Gutes.“

„Onkel Rudolf“, rief eine helle Stimme, und im nächsten Augenblick stand Dora mit frohem Lächeln vor ihm und reichte ihm die mit einem feinen Handschuh bekleidete Hand.

„Nimm's mir nicht übel, wenn ich Deine Hand nicht annehme“, scherzte der Doktor. „Deine Handschuhe können Not leiden, Du weißt, ich trage keine.“

„Du erlaubst wohl, daß ich Dir unseren Begleiter vorstelle“, nahm Ferdinand das Wort, „Herr Baron Paul von Polbach — mein Onkel, Doktor Grollinger.“

„Sehr angenehm!“ sagte der Baron mit einer leichten Verneigung.

„Der Herr Baron war mein Studiengenosse“, fuhr Ferdinand fort, „wie lernten uns auf der Universität kennen und sind seitdem gute Freunde gewesen.“

„Ich hoffe, wir werden es auch bleiben, so lange wir leben“, fügte der Baron hinzu, während er verstoßen mit Dora einen verständnisvollen Blick wechselte, der dem alten Herrn nicht entging.

„Das schöne Wetter hat uns hinausgelockt, Onkel“, sagte Dora leiser, „von Deinem ärztlichen Standpunkte aus wirst Du das sicherlich billigen.“

„Gewiß, liebes Kind“, sagte der Doktor, dann bestete er den Blick auf das jugendlich frische, von einem sorgsam gepflegten dunklen Wadenbart beschattete Gesicht Ferdinands, aus dessen weichen Lippen unverkennbare Gütmütigkeit sprach.

„Wie sieht es mit Dir aus, Ferdinand? Noch immer keine Beschäftigung gefunden?“

„Leider nein, Onkel“, erwiderte der junge Herr, dessen Stimme sich unwillkürlich, „alle meine Bemühungen sind bisher vergeblich geblieben.“

„Nun, ich meine, tüchtige Ingenieure würden immer gesucht.“

„Verzeihen Sie, Herr Doktor, das Angebot ist auch auf diesem Felde größer, als die Nachfrage“, sagte der Baron mit einer überlegenen Miene, die dem alten Herrn nicht gefiel. „Ferdinand gibt sich die größte Mühe, das kann ich ihm bezeugen, aber alle Fächer sind augenblicklich überfüllt. Ich habe meinem Vater schon vor einiger Zeit geraten, auf unserem großen Wajorsatzgute eine Juckerfabrik und eine Spiritusbrennerei zu bauen; wird dieses Projekt ausgeführt, so stelle ich Ferdinand an die Spitze desselben.“

„So, so!“ erwiderte Doktor Grollinger zerstreut, während er seine schönen Nichte beobachtete, deren leuchtendes Blick an den Lippen des Barons hing. „Projekte sind leider keine Tatsachen, ich halte es für wichtig, Hoffnungen auf sie zu bauen. — Empfehle mich Ihnen, Herr Baron! Auf Wiedersehen, Kinder, — apropos, befindet sich Herr Vater noch wohl? Ich habe ihn seit einigen Tagen nicht mehr gesehen.“

„Gesund wie ein Fisch im Wasser“, scherzte Dora; „er sitzt zu Hause und rechnet. Ein paar Duzend Lose wird er wohl wieder haben; nach seinen Kombinationen muß er diesmal einen sehr hohen Gewinn erzielen, darauf hat er schon die herrlichsten Luftschlösser.“

Der Doktor schüttelte mißbilligend den Kopf und setzte seinen Weg fort.

„Man sollte nicht glauben, daß ein sonst verständiger Mann so verbohrt sein könnte“, murmelte er. „Es würde für meinen Bruder Peter auch besser gewesen sein, wenn er Juckerdirektor geblieben wäre; aber nein, er mußte Rentner werden.“

In Betracht, daß die staatliche Vermessungstechnische Dienststelle (Bezirkslandmesser) in Großenhain am 1. Juli 1922 aufgehoben worden ist; es gibt also dort weder Bezirkslandmesser noch Bezirksvermessungsamt. Für die Orte im Amtsgerichtsbezirk Biele ist nunmehr das Bezirksvermessungsamt O/Sa. Neumarkt 4, zuständig, für die übrigen Orte im Bereiche der Amtshauptmannschaft Großenhain das Bezirksvermessungsamt Dresden I in Dresden-A., Annenstraße 15.

Keine Verschmelzung der Demokratischen und der Deutschen Volkspartei. Die Blättermeldungen von einer beabsichtigten Verschmelzung der Demokratischen und der Deutschen Volkspartei entsprechen, wie von demokratischer Seite mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Sowohl der Parteivorstand wie die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei haben auf dem Standpunkte, daß die mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei eingeleitete parlamentarische Arbeitsgemeinschaft nicht der Anfang einer Fusion mit der Volkspartei sein könne. Freundschaftliche Verhandlungen nach dieser Richtung seien zwischen den beteiligten Parteien nicht eingeleitet worden.

Sitzung des Landtages. Die die „Dresdn. Volkszeit.“ meldet, findet am 28. August eine Sitzung des Landtages statt, in dem der Landtag die Stellung zu dem Volksbegehren über den Volksentscheid nehmen soll. Am Tage vorher tritt der Reichsausschuß zur Beratung der Geschäftsordnung zusammen und am Montag, den 21. August, die Fraktion der SPD.

Saatenstand im Freistaat Sachsen. Anfang August 1922. Der Juli brachte endlich nach vorausgegangen langer Trockenheit ausgiebige Niederschläge, die zwar für die Winterfrüchte zu spät kamen, aber den Sommerfrüchten zur Entwicklung wesentliche Beförderung brachten. Die Wirkung der Niederschläge wäre eine noch größere gewesen, wenn es zu der Zeit in den Nächten nicht immer so kalt gewesen wäre. Die Kälte trug jedenfalls dazu bei, daß der Acker im Wachstum zurückblieb und auch die übrigen Futterpflanzen nur spärlich nachwuchsen, so daß allenthalben Futtermangel eintrat. Vereinzelt Gewitter, die von heftigem Sturm und Hagel begleitet waren, haben in einzelnen Bezirken durch Knicken der Halme in Weizen, Roggen, Gerste und Hafer größeren Schaden verursacht. Infolge des unbeständigen Wetters der letzten Wochen konnte in höheren Lagen die Pflanzung noch nicht beendet werden; es ist schon ein Teil des in diesem Jahre nicht allzu reichlich gewachsenen Futters verdorben. Der Roggenstand hat in der Niederung begonnen, in höheren Lagen wird er erst in 8 bis 14 Tagen zu erwarten sein, da die kühle Witterung die Reife der Halmspitze sehr verzögert. Die Erntearbeiten werden durch die andauernden Niederschläge erschwert; es steht zu befürchten, daß der geschnittene Roggen bei Andauer der Niederschläge Schaden erleidet. Ueber Schäden durch Drahtwürmer und über das Ueberhandnehmen von Unkräutern wird auch dieses Mal wieder berichtet. In der Gemeinde Kraßau (Amtsh. Kamenz) ist der Schädler auf vielen Ackerfeldern festgehalten worden. In seiner Vertilgung sind Vorkehrungen getroffen worden, bis jetzt aber mit wenig Erfolg. Der Winterroggen ist vielfach dünn bestanden, das tritt beim Mähen erst deutlich zu Tage. Er ist auch mitunter kurz im Stalm und wird daher weniger Ertragsbringer als im vergangenen Jahre. Die Weizenbildung scheint im allgemeinen gut zu sein. Der Winterweizen hat sich von den Winter- und Frühjahrsschäden nicht recht erholen können; es mußte aus diesem Grunde ein größerer Teil dieser Frucht umgepflügt werden, und auch der festgebliebenen Teil verpflügt wegen seines noch vielfach dünnen Standes keine vollen Erträge. Auch selbst er hier und da etwas unter Steinbrand, was den Ertrag mit beeinflussen wird. Den Sommerhalmsfrüchten haben Trockenheit und Drahtwürmer geschadet, ebenso das Unkraut, das sich in diesen Früchten sehr verbreitet hat. Hafer und Gerste bleiben kurz im Stroh. Bei den Kartoffeln zeigen wiederum die Schläge, welche mit neuem Saatgut befreit worden sind, ein besseres Aussehen, als die, bei denen altes Saatgut verwendet worden ist. Nach dem Regen haben sich die Kartoffeln zum Teil erholt. Es ist aber nun, Aufhören des Regens erwünscht; denn durch die Nässe machen sich bereits kranke Stellen in den Kartoffelfeldern bemerkbar. Einige empfindliche Sorten werden wieder von der Krautkrankheit heimgegriffen. Den Rüben kamen die Niederschläge sehr zustatten, sie haben sich dadurch meist gut entwickelt. Dem Acker hat anfangs Feuchtigkeit und später Wärme gefehlt; er wächst nicht von der Stelle und gibt daher nur geringe Erträge. Die Ernährung der Viehbestände wird dadurch sehr erschwert. Es muß schon stellenweise zu den Heuvorräten gegriffen werden, die für den Winter bestimmt sind. Die Viehen legen nach den Niederschlägen gut an, soweit sie abgemastet sind. Für das noch zu bergende Heu und für die Ernte der Getreidefrüchte möchte recht bald warmes, sonniges Wetter eintreten.

Großenhain. Im Gasthaus „Grüne Wiese“ in Wildenhain hatte eine dort zur Sommerfrische wohnende Dame ihre braune leberne Handtasche auf das Fensterbrett gelegt. Von dort wurde diese in einem unbeobachteten Augenblick durch einen Spitzhaken entwendet. Die Tasche enthielt außer barem Geld ein Armband, eine Armbanduhr, Taschentuch und verschiedenes andere. Der Gesamtwert belief sich auf 9000 Mark.

O/Sa. Auf der Straße zwischen Röllmsmühle und Großhölla wurde der Gefährlicher Richter, der ein mit Brettern beladenes Gefährt der Firma Schumann-Mägeln führte, vom eigenen Wagen überfahren und ist kurz darauf seinen schweren Verletzungen erlegen. Richter hat auf der Deichsel gefahren und ist abgeklüftet.

Rosfen. Flüchtling geworden ist seit Montag der 17 Jahre alte Bedienstete Kurt Selmut von hier. Er hat seinen Arbeitskollegen 3500 Mark bares Geld gestohlen und damit das Weite gesucht.

Radepul. Im Sumpf verunten ist der Arbeiter Josef Schmolke aus Radepul. Der Verunglückte hatte sich auf einen Posten, der in die Röhre hineingebaut war, zum Angeln niedergelassen. Dieser Steg brach ab und Schmolke fiel ins Wasser, das dort am Ufer sehr sumpfig ist. Aus dem sumpfigen Grunde konnte sich der Arbeiter nicht herausarbeiten, und bei den Versuchen, sich zu retten, sank der bedauernswerte Mann immer tiefer und ertrank.

Rauter. In einer der letzten Nächte geriet auf dem hiesigen Bahnhof ein mit Preßholz beladener Eisenbahnwagen, der mit mehreren anderen beladenen Kohlenwagen zusammengelockert war und auf einem Rangiergleise gegenüber der Güterabfertigung stand, auf noch unauferklärte Weise in Brand und wurde nebst Inhalt, dessen Wert 40 000 Mark beträgt, vollständig vernichtet. Man vermutet vorläufige Brandstiftung, zumal kurz vorher vor Eintreffen des 10 Uhr 40 Minuten hier ankommenden Personenzuges etwa 1 1/2 Kilometer vom Bahnhof entfernt, ein etwa 50 Pfund schwerer Stein auf den Bahngleisen liegend von einem Streckenwärter gefunden und beseitigt worden ist. Auch ein Stein von dieser Stelle entfernt wurden weiter drei größere Steine mitten auf den Schienen liegend gefunden und beseitigt, die von einem Preßholz herausgerissen waren. Man glaubt, daß man es mit einem wohlangelegten Plane auf den Bahnhof und die Bahnanlagen abgeben hat und den einfallenden Zug hat zum Entgleisen bringen wollen. Ueber die Täter ist noch nichts bekannt.

Neukadt a. O. In Dreba spannten während des Bogelschießens Spahvögel das Pferd eines Neukadter Hundsmannes aus und führten es im Zuge bis zum Längsjaal. Sie brachten es fertig, das Tier die 2 Stufen bis zum Ende hinaufzuführen. Im Laufe wurde nunmehr

unter großem Haß der Tanzordner „beritten“ gemacht, der hoch zu Ross seinen Dienst verließ. Eine ungleich größere Mühe verursachte es allerdings, das Pferd wieder nach unten zu bringen.

Berden. Die Stadtrat Hille hier in einer Kleinrentnerversammlung ausführte, wird voraussichtlich den hiesigen Rentenempfängern (mit einem Kapital bis zu 5000 Mark) demnach das Brot frei geliefert werden. An den Kleinrentnern liegt es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch sie mit unter die hiesigen Rentenempfänger gerechnet werden können.

Leipzig. Das hiesige Landgericht verhandelte gegen den 25 Jahre alten Kaufmann Willi Kurt Fittig aus Chemnitz, der beschuldigt war, in nicht weniger als 22 Fällen unter dem Vorzeichen der Ehe Damen Geldbeträge und Schmuckgegenstände absperrt und darum betrogen zu haben. Die betreffenden Damen und betrugsunklaugen jungen Witwen waren von dem eleganten Mann, der sich ihnen als Mittelmäcker von Reuened, Dr. jur. von Reuened, Dr. med. Braunlich, Dr. med. Werlach, als Rentier und mehrfacher Hausbesitzer Walter u. a. m. vorkstellte, bereit eingenommen, daß jede seinen Versicherungen, gerade sie wäre diejenige, die ihm schon lange im Besitz als seine zukünftige Gattin voranschwebt habe, Glauben schenkte. Fittig belügte mit seinen Opfern vornehm Restaurants und Kaffeehäuser, spielte in jeder Weise den Lebenswirdigen und sog dann im Verlauf eines netzlichen Finanzspiels seinen betörten Bekanntschaften einen wertvollen Ring vom Finger, um ihn als Pfand für das nächste Aufkommen einzulösen. Dieses kam natürlich nicht zustande, denn Fittig hatte das Pfandobjekt zu Geld gemacht, um damit wieder einen vergnügten und ebenso rentablen Tag mit einer anderen Betrugsaktion zu verbringen. In verschiedenen Fällen trat der Schwindler auch als hoher Beamter des Reichsgerichts auf. Ein anderes Mal gab er sich als Mitglied einer Geheimorganisation aus. Seine Angaben machte er durch geschickte gefälschte Ausweise glaubhaft. In einem Falle spielte er mit großem Geschick und ebenfolchem Erfolg die Rolle eines ehemaligen Offiziers. Von seinen Opfern ließ er sich in den meisten Fällen Armbänder, Ringe, goldene Uhren und andere Schmuckstücke geben, an denen er Verschönerungen oder Fehler entdeckte, und die er liebenswürdigerweise reparieren lassen mochte. Auf diese Art erbeutete der Schwindler Schmuckgegenstände im Wert von Tausenden. Auch verstand er es, seinen Bräuten in Gestalt von Darlehen Geldbeträge bis zur Höhe von 10 000 Mark abzuschlagen. Die Betrogenen waren zu der Verhandlung als Zeugen nicht geladen, denn Fittig gab seine Straftaten unumwunden zu. Das Urteil lautete gegen den wegen allerlei Vergehen schon wiederholt vorbestraften Angeklagten auf 5 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Leipzig. Der Kellnerkreiß in Leipzig, der nunmehr seit fünf Wochen im Gange ist, scheint seinem Ende entgegenzugehen. Die Streitenden haben sich bereit erklärt, sowohl auf der Grundlage der festen Gehälter als auch auf der Grundlage der einfacheren Prozente in neue Lohnverhandlungen einzutreten. Sie stellen anheim, die Preiskarte dreiteilig aufzustellen und zwar Grundlohn, Aufschlag für Bedienung und Endpreis, so daß jeder Gast sofort erkennen kann, daß er nicht betrogen wird zu zahlen hat, sondern die Entlohnung im Endpreise enthalten ist. Wie die Arbeitgebergemeinschaft sich zu diesem neuen Vorschlag stellen wird, steht bis zur Stunde noch nicht fest. — Zum dritten Male in kurzer Zeit wurde in das Kunstgewerbemuseum am Königplatz, das sich im Gebäude des Grossmuseums befindet, in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag ein Einbruchdiebstahl verübt. Der Täter brang, geschickt durch die Gerüste des Neubaus des Festspielhauses, das sich eng an die Wand des Museums anschließt, ein, wurde aber durch einen Wächter gefast, so daß er fliehen mußte. Außer einigen kleineren Sachen von nicht allzu großem Werte mußte der Diebsteher seine Diebesbeute zurücklassen. Von der Polizei sind Vorkehrungen zum Schutze des Museums getroffen worden.

Preis. Seit Jahresfrist wurde die Bevölkerung durch einen Ertüchtlichverbrecher heimgesucht. Jetzt endlich ist es gelungen, den Täter in der Person des 35 Jahre alten Farbverleiherers Kramer festzunehmen. Ein fünfzehnjähriges altes Mädchen hatte den Verbrecher auf dem Schützenplatze während des Schützenfestes erkannt. Dem Täter hat alle seine Straftaten eingestanden.

Die Leiche der Stepperin Frieda Ruppel gefunden.

Aus Dresden wird uns gemeldet: Ueber das rätselhafte Verschwinden der Stepperin Frieda Ruppel im Juni 1920, über das der Polizeibericht seinerzeit wiederholt berichtete, scheint sich jetzt der Schleier zu lüften. Bisjucker fanden am 4. August im sogenannten Buchs des Rittergutes Sachsendorf bei Wurzen in einem etwa 30 Zentimeter tiefen, 35 Zentimeter breiten und 140 Zentimeter langen Loch das Skelett einer Frauensperson mit westem Leinwand und schwarzen, mit hohen Wägen versehenen Schnürschuhen. Die übrigen Kleidungsstücke waren in der Hauptkammer verstreut. Das Skelett ist offenbar vom Wilde aufgefressen worden. In seiner nächsten Nähe lag ein kleiner Schädel, annehmbar von einem menschlichen Fötus herrührend. Das Skelett wurde mit den Leiberresten nach Leipzig in das Institut für gerichtliche Medizin des Herrn Prof. Kodel zur Untersuchung gebracht. Ganz wahrscheinlich hat man es hier mit der damals verschwundenen Ruppel zu tun, die im 9. Monat schwanger war und in intimer Verkehr mit dem Monteur Otto Lachmann stand; sie wollte sich in Sachsendorf zu der nahe bevorstehenden Niederkunft Anderwäde holen. Am 13. Juni 9,55 Uhr vormittags fuhr sie mit dem vom Hauptbahnhof nach Leipzig verkehrenden Personenzug bis Lornreithenbach. Von da beabsichtigte sie, nach dem 1 1/2 Stunden entfernten Sachsendorf zu Fuß zu gehen. Sie mußte dabei den Wald des Rittergutes Sachsendorf durchqueren. In Sachsendorf ist die Ruppel seinerzeit nicht eingetroffen und es fehlt bis jetzt jede Spur von ihr. Offenbar ist sie beim Gange durch den Wald umgebracht und an der Fundstelle verblieben worden. Starke Verdacht, die Ruppel bestiegt zu haben, bestand schon früher gegen den Monteur Lachmann. Man nahm an, daß er sich durch deren Beisehung der Vaterlichkeit entziehen wollte. Lachmann wurde damals in Haft genommen, mußte aber mangels genügender Beweise, obgleich er damals zur selben Zeit in jener Gegend gesehen worden war, wieder freigelassen werden. Jetzt ist Lachmann erneut wegen dringenden Verdachts der Ermordung der Ruppel festgenommen worden. Die weiteren Erörterungen sind noch im Gange.

Dresdner Landgericht.

Strassade Barwinzky-Dr. Nieprach vor Gericht.

—g. Ein Diebes- und Diebstahlprozess, wie er in dieser Art seit Jahren in der ganzen Kriminalgeschichte nicht bekannt geworden ist, beschäftigt am heutigen Mittwoch die siebente Ferienkammer des Dresdner Landgerichts. Es handelt sich um das Dienstmädchen Johanna Hedwig Barwinzky, geboren am 24. 1. 1905 zu Dresden, und um deren ehemalige Dienstherrin, die am 18. 11. 1878 zu wenig geborenen, früheren Rechtsanwältin, jetzt Hilfsrichterin in der Abteilung V des Amtsgerichts Dresden, Dr. jur. Arthur Bernhard Nieprach, sowie um dessen aus Gottau gebürtige Ehefrau Ella Marie Nieprach, geborene Dever,

letztere beiden Ehegatten seit 20. Mai in Untersuchungshaft befindlich, während die Barwinzky bereits drei Wochen zuvor festgenommen worden war. Nach dem Eröffnungsbeschluss sollen sich die Barwinzky des fortgesetzten Diebstahls, das Ehepaar Dr. Nieprach der gewöhnlichen und gewerbmäßigen Diebstahl schuldig gemacht haben. Ueber diese Strafsache sei im Zusammenhang vorweg folgendes bereits mitgeteilt: Die Barwinzky nahm am Sonntag 1920 bei dem in der Sandauer Straße wohnhaften früheren Rechtsanwältin, damaligen Hilfsrichter Dr. jur. Nieprach eine Stellung als Haus- und Kindermädchen an. Seit August vorigen Jahres verlebte das junge Mädchen in großer Anzahl allerlei Gelegenheitsdiebstähle. Die gesamte, oft außerordentlich wertvolle Diebesbeute soll dann von ihrer Dienstherrin verwertet worden sein. So raubte die Barwinzky in Geschäften der Johannisstadt und Vorstadt Gärten, in der Markschall-, Streblener-, Markgrafens- und Königbrücker Straße usw. alle möglichen Gegenstände und Waren, und oftmals auch mehrfach in den betreffenden Geschäften hintereinander. So erbeutete die jugendliche Meisterdiebin Leinwand, Hemdentücher, Stoffe, 40 Meter Spitzen, Kindermützen, eine Bettvorlage und Tischdecke, ferner Goldwaren aller Art wie Taschen und Armbänder, Ringe, Medaillons, Ohrringe und Bänder. So seien der Barwinzky zum Beispiel in einem einzigen dieser Geschäfte allein 19 Paar Ohrringe, drei Uhren und drei Ringe in die Hände. Weiter entwendete das junge Mädchen einer Frau Kerber in der Markschallstraße vor Weihnachten hintereinander drei Körbe, in anderen Geschäften wiederum Butter, Margarine, Tafelöl, Himbeerlekt, Büchsenmilch, eine ganze Glasbüchse voll Bonbons, Schokolade, Kaffee und Schinken. In letzterem Falle wollte die Frau Dr. Nieprach mit in dem betreffenden Geschäft, beide gingen dann zu dem Vater der Barwinzky, der zufällig in der Nähe beschäftigt war, liehen sich dort Papier zum Einschlagen geben, und packten dann den gestohlenen Schinken ein, den das Mädchen unter dem Mantel verborgen gehalten hatte. Bei anderer Gelegenheit felen der Diebin in mehreren Fällen insgesamt neun Paar Damen- und Herrenschuhe in die Hände, auch größere Mengen Seife, sowie Haus- und Küchengerät aller Art, darunter Stielgabeln, Emaille- und Aluminiumwaren, wurden bei solchen Gelegenheiten entwendet. In vielen Fällen muß man sich nur wundern, wie es möglich war, in diesem Umfange die Sachen fortzubringen, wie es von der Barwinzky geschehen ist. Selbst eine erit halbfertige Mandoline wurde einmal gestohlen, und dann von Dr. Nieprach an den Vater der Diebin für 65 Mark verkauft. Als die Polizei die Barwinzky gefast hatte, wurden bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Dr. Nieprach alle möglichen Sachen teils verpackt oder sonst gelagert, aber auch im Gebrauch befindlich vorgefunden und beschlagnahmt.

Neben all den vorerwähnten vielen Diebstählen kommt aber noch eine ganze Serie anderer dergleichen Straftaten in Frage, es handelt sich weiterhin um die Wänderungen von Lebensmitteln. In einer ganzen Anzahl dergleichen Fälle fielen dem Mädchen Beträge an Bargeld bis zu 2000 Mark in die Hände, das sich jeweils in unerschlossenen Lebensmitteln befand. Die Barwinzky will ihrer Herrschaft auch das gestohlene Bargeld übergeben haben, so daß es ihnen möglich gewesen sei, ein schönes Leben zu führen. Oftmals soll sich Frau Dr. Nieprach mit in den betreffenden Geschäften befunden haben, während die Barwinzky Gelegenheitsdiebereien verübte. Eine weitere, sehr schwere Anschuldigung bezieht sich auf Frau Dr. Nieprach darin, daß sie in drei Fällen, wenn sie mit ihrem Mädchen dessen Vater an seiner Arbeitsstelle aufsuchte, diesen dann um Beträge von 400 bis 600 Mark bestohlen haben. Diese Diebereien sollen in der Weise ausgeführt worden sein, daß die Tochter scheinbar ihren Vater am Jockett etwas ausbessern mußte, bei solchen Gelegenheiten wurde dann die Diebstahlsbeute erbeutet. Wegen dieser Diebereien war die Ehefrau des Barwinzky in Verdacht geraten, daß sie ihren eigenen Mann heimlich bestohlen habe, es ist diesbezüglich zu ernstlichen Beweismitteln gekommen. Daß es die Tochter in Begleitung ihrer Dienstherrin war, hätte man niemals für möglich gehalten. Als die Diebereien in so großem Umfange aufgedeckt, gerieten sogar die Eltern der Barwinzky in Verdacht, sie würden fast eine Woche in Haft gehalten. Die jugendliche Angeklagte Barwinzky ist in vollem Umfange gehandigt, sie hat bisher ihre ehemalige Dienstherrin in der denkbar schwersten Weise belahet, wird auch in dieser Richtung durch die sehr gravierenden Angaben ihrer Eltern gestützt, so daß sich die Schuld des Ehepaares Dr. Nieprach unzweifelhaft als sehr ernst erweist.

Dr. jur. Nieprach ist noch unbestraft, seine Anwaltspraxis, die ihm nur ein bescheidenes Einkommen ermöglichte bezw. gewährte, gab er im Jahre 1919 auf, dann fand er bei einem Kriegsgericht vorübergehend ein Unterkommen, um später, und zwar am ersten Oktober 1921, als Hilfsrichter beim Amtsgericht Dresden mit eingestellt zu werden. Dieser Angeklagte ist noch unbestraft, es war aber einmal bei der Staatsanwaltschaft Baugen ein Vergehen wegen Unterschlagung von Kontogeldern anhängig, es mußte aber eingestellt werden, andererseits bezieht in dieser Richtung an Dr. Nieprach noch eine Forderung in Höhe von 6000 Mark, die er in Raten von vierteljährlich 300 Mark zu tilgen versprochen hat. Als die Barwinzky in der Untersuchungshaft so umfangreiche Geständnisse ablegte, und das Ehepaar Dr. Nieprach so schwer belahet wurde, nahm er am 8. Mai seinen Abschied aus dem Justizdienst, kurz darauf, am 20. gleichen Monats, wurde über ihn und seine Ehefrau die Untersuchungshaft verhängt. Letztere mußte einmal wegen Vergehens gegen die Kriegsvorordnungen zur Verantwortung gezogen werden, es handelte sich damals um Handel mit Lebensmitteln und Bezug von Zucker ohne Marken, aber auch eine Meineidssache war einmal ins Rollen gekommen, das Verfahren ist aber auch in dieser Angelegenheit eingestellt worden. Fortgesetzt haben beide Ehegatten die ihnen zur Last gelegte Diebstahl bestritten und so mancherlei Einwendungen erhoben, Gesuche um Entlassung aus der Untersuchungshaft wurden abgelehnt, weil der Verdacht einer Verdunstung besteht. Ueber den Verlauf der Verhandlung folgt weiterer Bericht.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 9. August 1922.

Die Beratungen der alliierten Sachverständigen.

(London. Vrech Association meldet über die Nachmittagsberatung der Sachverständigenausschüsse: Die französischen Vertreter waren bei Beginn der Sitzung nicht anwesend. Sie kamen aber kurz darauf. Gegen Abend wurde bekannt, daß die Arbeiten etwas langsam fortgeschritten sind. Die Erörterungen sind nicht ganz glatt verlaufen. Die französischen Vertreter wollen naturgemäß in weitem Maße die von Poincaré gezogenen Pläne einhalten, nach denen keine weiteren Zugeständnisse an Deutschland gemacht werden sollen, außer unter ausdrücklichen Garantien. Die anderen Mitglieder nehmen offenbar den Standpunkt ein, daß es leicht geschehen kann, daß diese Maßnahmen durch ihre Schärfe ihren Zweck verfehlen würden.

(Paris. Nach einer Meldung des Sonderberichtsers von Genes über die Nachmittagsberatung des Sachverständigenausschusses hat sich die Verhandlung hauptsächlich auf die Beschlagnahme der kanalischen Bergwerke in Rheingebiet und der Dominalforsten auf dem linken Rheinufer erstreckt. Die belgischen Sachverständigen hätten von Genes in diesen beiden Punkten unterrichtet und erklärt, daß

